

Resolution: Schutz und Zuversicht – Unseren Kindern eine Perspektive bieten – Maskenpflicht lockern

Die in Bayern ergriffenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wirken, die Inzidenzzahlen sinken. Wir FREIE WÄHLER sorgen deshalb nun dafür, dass die Beschränkungen schrittweise aufgehoben werden. Diese Rückkehr zur Normalität muss auch für die Kinder und Jugendlichen in der Gesellschaft möglich sein, da sie sehr unter der Pandemie zu leiden haben und im Verlaufe der letzten nun knapp eineinhalb Jahre viel Verantwortung tragen mussten. Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb eine Lockerung der Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler unter bestimmten Voraussetzungen. Das Ziel ist es, in absehbarer Zeit mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand unter Berücksichtigung der Inzidenz die Maskenpflicht zu lockern und den Kindern damit eine Perspektive sowie eine Rückkehr zum normalen Schulalltag zu ermöglichen.

Grundsätzlich gilt, dass das Tragen von Masken wichtig war und ist, um die Ausbreitung von SARS-CoV-2 zu verhindern. Masken haben dazu beigetragen, dass Kinder und Jugendliche so viel Präsenzunterricht wie möglich erfahren konnten. Inzwischen sind diese im Umgang mit den Masken geübt, dennoch stellen sie eine Belastung im Unterrichtsalltag dar, besonders für die jüngeren Schülerinnen und Schüler. Deshalb muss die Maskenpflicht mit Blick auf die Bedürfnisse und das Wohlbefinden der Kinder gelockert werden. An den Schulen gibt es gute und durchdachte Testkonzepte, die eine solche Lockerung ermöglichen. Durch die Testungen wird den Schülerinnen und Schülern ein hohes Maß an Sicherheit garantiert, von dem sie auch im Hinblick auf die Maskenpflicht profitieren können sollten.

Wir FREIE WÄHLER schlagen deshalb ein inzidenzabhängiges Modell zur Lockerung der Maskenpflicht an Schulen vor.

Forderungen:

- Bei einem Inzidenzwert unter 50:
 - Die Maskenpflicht gilt nur im Begegnungsverkehr in geschlossenen Räumen
 - Am Sitzplatz, im Sportunterricht sowie im Pausenhof entfällt die Maskenpflicht

- Der Mindestabstand im Sportunterricht entfällt
- Musik- und Musizierunterricht darf normal stattfinden
- Bei auftretenden Corona-Fällen innerhalb einer Schule kann das örtliche Gesundheitsamt für diese wieder eine komplette Maskenpflicht aussprechen, unabhängig von den Inzidenzzahlen

Der Landesvorstand, das Kabinett und die Landtagsfraktion werden ermuntert, die beschriebenen Ziele zu verfolgen und durchzusetzen.

Resolution: Energiewende vorantreiben, regionale Wertschöpfung sichern – PV-Speicherprogramm für ganz Deutschland

Die FREIEN WÄHLER vertreten seit vielen Jahren, lange vor der aktuellen Klimadebatte, den Gedanken der regionalen Energiewende mit Wertschöpfung vor Ort. Bürger und Kommunen sollen Energieerzeuger werden, erneuerbare Energieträger sollen fossile ersetzen. Innerhalb der Vielzahl anderer erneuerbarer Energien war Bayern in den letzten Jahren besonders beim Ausbau der Photovoltaik sehr erfolgreich. Für das PV-Speicherprogramm des bayerischen Wirtschaftsministeriums sind seit dem Start im Herbst 2019 mittlerweile rund 50 000 Anträge eingegangen. Ein PV-Speicher wird dann mit einem Förderbetrag bis zu 3200 Euro bezuschusst (durchschnittlicher Förderbetrag derzeit ca. 1000 Euro), wenn zusätzlich eine neue PV-Dachanlage installiert wird, die leitungsmäßig zum Speicher passt. Dieses bayerische Förderprogramm ist sehr beliebt und wird derzeit vom Erfolg überrannt. Gleichzeitig gibt es aktuell bundesweite Debatten um eine Pflicht zur Installation von PV-Anlagen auf Dächern.

Eine Einigung über die konkrete Ausgestaltung einer PV-Pflicht ist aber kurzfristig nicht absehbar, eine Umsetzung wenn überhaupt erst lange nach der Bundestagswahl zu erwarten. Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER von der Bundesregierung, nach dem erfolgreichen Vorbild des bayerischen PV-Speicherprogramms; ein Bundesprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro aufzulegen und auf Gewerbeimmobilien auszuweiten. Ein solches Programm ist innerhalb weniger Wochen umsetzbar und würde die Installation von PV-Anlagen schnell und massiv ankurbeln, die Energiewende voranbringen, viele Hausbesitzer stromautark machen und die Stromversorgung dezentralisieren. Landesvorstand, Kabinett und Fraktion werden aufgefordert, auf die Umsetzung hinzuwirken.

Resolution: Holzangel in Baubranche und Wirtschaft nicht weiter verschärfen - Einschlagsbeschränkung aufheben

Die anziehende Konjunktur mit verstärkter Nachfrage nach Holz, hohe Exporte und ausbleibendes Schadholz führen zu einer Verknappung von Holz für die Bauwirtschaft und als Verpackungsmaterial. Aufgrund Holzangel gehen bereits Handwerksbetriebe in Kurzarbeit, Gebäude können nicht fertiggestellt werden und die Verknappung von Brettern etc. als Verpackungsmaterial für Exportprodukte gefährdet die Exportwirtschaft. Bisher waren die heimischen Sägewerke das Nadelöhr für die Produktion von Schnittholz. Mittlerweile wird aber die Zulieferung von Holz aus den Wäldern an die Sägewerke mehr und mehr zum begrenzenden Faktor, vor allem in Süddeutschland, die ersten Sägewerke reduzieren bereits ihre Auslastung. Ursache ist unter anderem die gesetzlich vorgeschriebene Einschlagsbeschränkung für frisches Fichtenholz durch die Bundesregierung. Gut gemeint in Zeiten von Holzüberschuss aufgrund von Käferbefall und Trockenschäden, aber mittlerweile von der Realität und Marktsituation überholt. Diese staatliche Vorgabe verschärft die Holzknappheit „politisch hausgemacht“ in unnötiger Weise. Auch die Lockerung der Einschlagbeschränkung für kleine Waldbesitzer ohne Buchführungspflicht bis zu 75 m³ entspannt die Lage kaum, unter anderem, weil das Bundesfinanzministerium bisher noch nicht mal die Frage beantworten kann, ob für diese 75 m³ auch die 90% Steuerbefreiung gilt. Es ist also dringend nötig, dass die Bundesregierung die Einschlagsbeschränkung, die vorerst bis Ende September 2021 gilt, vorzeitig schnellstens außer Kraft setzt, um keine weitere Verknappung von Holz zu verursachen und die weitere Verwendung des ökologischen Bau- und Werkstoffes Holz als natürlichen CO₂-Speicher sicherzustellen.